

„Es wird nicht verhindert, weitere Windräder zu bauen“

Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart“ kritisiert Verhalten der Gründauer Gemeindevertreter als intransparent

Gründau (re). Die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart“ übt Kritik am Verhalten der Gründauer Gemeindevertreter, die vergangene Woche die Verhandlungen mit Constantia Forst mit dem Beschluss zu den Unterlassungsverträgen zum weiteren Ausbau der Windkraft auf Gründauer Gemarkung abgeschlossen hatten (die GNZ berichtete). In erster Linie fehle die Transparenz in diesem Verfahren, kritisiert die BI in einer Presseerklärung. Des Weiteren hält sie das Ergebnis der Vertragsverhandlungen für nicht akzeptabel.

Das Verhalten der Gemeindevertretung während der Sitzung am Montag, 18. Juni, reihe sich nach Ansicht der Bürgerinitiative (BI) in die bei Windkraftprojekten im

Main-Kinzig-Kreis weit verbreitete Geheimhaltungspraxis ein. Unterlagen würden der Öffentlichkeit verspätet zur Verfügung gestellt, von Transparenz sei keine Spur. Für den Windpark Wächtersbach-Neudorf oder dem geplanten Park Flörsbachtal-Roßkopf seien der BI Unterlagen erst nach einer Klage oder nach formalen Beschwerden zur Verfügung gestellt worden. Proteste würden entweder ignoriert oder Demonstranten sogar, wie jetzt in Gründau, von einzelnen Gemeindevertretern diffamiert. „Die Geheimniskrämerei vieler Gemeindevertreter, Projektierer und Verpächter bei Großprojekten reduziert die Akzeptanz der Anlagen immer weiter. Wir erkennen auch, dass damit die Politikverdrossenheit bei vielen betroffenen Bürgern massiv zunimmt“, fasst BI-Vorstandsmitglied Berthold Andres sei-

ne Erfahrungen zusammen. „Wir fordern deshalb zum wiederholten Male alle Beteiligten auf, den Sonntagsreden endlich auch einmal Taten folgen zu lassen und die Öffentlichkeit ordentlich über die laufenden Projekte zu informieren.“

Völlig unverständlich sei die Strategie der Gründauer Gemeindevertretung bei der Vertragsverhandlung mit Constantia Forst. Renertec und Constantia stünden unter Zugzwang und zeitlichem Druck, weil vier der fünf Anlagen am „Hammelsberg“ außerhalb der geplanten Windvorrangflächen gebaut werden sollen. Da der Regionalplan spätestens im kommenden Herbst Rechtskraft erlangen soll, ist für die BI absolut nicht nachvollziehbar, warum die Gemeindevertreter gerade jetzt Constantia für diese Anlagen noch einen Freibrief erteilen. Die als Ge-

genleistung dafür ausgehandelten Unterlassungsverträge für die Flächen seien nach Einschätzung der BI weitestgehend wirkungslos, da die Verträge kündbar sind und damit auf diesen Flächen der Bau weiterer Anlagen in Zukunft möglich sein würde. Die von Bürgermeister Gerald Helfrich in der Öffentlichkeit genannten Strafzahlungen für eine Aufkündigung des Vertrags, hält die BI für viel zu niedrig.

Für zusätzliche Windkraftanlagen würden sich die Zahlungen gerade einmal um maximal fünf Prozent reduzieren. Gehe man von den heute üblichen Zahlungen von rund 50000 Euro pro Jahr und Anlage aus, würden Constantia beispielsweise beim Bau von zehn zusätzlichen Anlagen für die Gesamtlaufzeit immer noch rund 9,5 Millionen Euro Einnahmen verbleiben, meint

die BI. „Constantia Forst bekommt einen Freibrief für den Bau von vier Anlagen, die außerhalb der geplanten Vorrangflächen liegen“, fasst Vorstandsmitglied Rolf Zimmermann zusammen, und fügt an: „Gründau erhält dafür Zusagen, die offensichtlich ohne größere Schwierigkeiten wieder ausgehebelt werden können. In Anbetracht der erzielbaren Pachteinahmen handelt es sich bei den Strafzahlungen um die sprichwörtlichen ‚Peanuts‘, die Constantia nicht von der Verpachtung weiterer Flächen zum Bau von zusätzlichen Windkraftanlagen abhalten werden.“ Die BI Windkraft im Spessart fordert deshalb die Gemeindevertreter auf, zum Schutz ihrer Bürger an dem bisherigen und wegweisenden Beschluss gegen den Bau weiterer Windräder in Gründau festzuhalten.

GNZ 26.06.2018